

Vom MAI zur Millennium-Runde in der WTO

Maria Mies

Das Scheitern des MAI in der OECD

Am 3. Dezember 1998 erklärte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris, daß das MAI, das Multilaterale Abkommen über Investitionen dort nicht länger verhandelt werden würde. Der Grund: Frankreich hatte beim Ministertreffen Anfang Oktober 1998 seinen Austritt aus den MAI-Verhandlungen erklärt. Das MAI sei für Frankreich inakzeptabel und "nicht reformierbar". Damit waren die Verhandlungen über das MAI, so schien es, gescheitert.

Die französische Regierung war zu dieser Entscheidung aufgrund eines Untersuchungsberichts über die Auswirkungen des MAI für Frankreich gekommen. Er wurde von Catherine Lalumière, einer Grünen Abgeordneten des Europaparlaments, durchgeführt. Eine ähnliche Untersuchung wurde von keinem anderen der 29 Mitgliedsländer der OECD in Auftrag gegeben. Doch die Entscheidung der französischen Regierung ist ohne den breiten, internationalen Widerstand gegen das MAI nicht zu erklären.

Dieser hatte sich Anfang 1997 in Kanada entzündet, als ein Exemplar des MAI-Vertragsentwurfs, über den seit 1995 in Geheimverhandlungen diskutiert wurde, an die Öffentlichkeit geschmuggelt und von kritischen BürgerInnen analysiert und ins Internet gesetzt wurde. Daraufhin entstand sehr schnell in vielen Ländern eine Protestbewegung gegen das MAI. Sie entzündete sich einmal an dem undemokratischen Vorgehen, durch das ein solch entscheidendes Abkommen ohne Wissen der BürgerInnen und an den Parlamenten vorbei verhandelt wurde. Das MAI sei ein Drakula, der das Licht des Tages scheut, schrieb Lori Wallach, die Expertin für internationales Handelsrecht beim Public Citizens Global Trade Watch Zentrum in Washington. Mit Maude Barlow und Tony Clarke (Kanada) war sie eine der ersten und vehementesten Gegnerinnen des MAI. Das Public Citizens Global Trade Watch versorgt die Anti-MAI-Kampagne bis heute mit relevanten Informationen zum Thema MAI und seiner "Klone".

Kritik am MAI

Neben dem Demokratiedefizit und dem Mangel an Transparenz kritisieren die MAI-GegnerInnen auch die gesamte Zielrichtung und die wesentlichen Klauseln des MAI. Beim MAI gehe es um einen Versuch der großen Transnationalen Konzerne (TNKs) im globalen Markt nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Macht in ihre Hände zu bekommen. (Clarke/Barlow 1997). Das MAI unterhöhle die Souveränität von Staaten, Provinzen und Kommunen, vor allem in bezug auf eine eigenständige Wirtschafts- und Kulturpolitik. Dieser Vorwurf fand besonders in Kanada und Frankreich ein starkes Echo. In beiden Ländern wollen viele Menschen nicht, daß sie ihre eigenständige Kulturpolitik den Profitinteressen großer Medienkonzerne aus den USA oder Australien unterordnen sollen. Kritiker aus der 3. Welt, wie Martin Khor vom Third World Network, sehen im MAI vor allem einen Versuch seitens der reichen Länder, in den Entwicklungsländern eine eigenständige Wirtschaftspolitik zu verhindern. Sie sollten sich ohne Einschränkungen dem internationalen Kapital und seinen Profitinteressen öffnen (Khor 1998).

Die Betreiber des MAI, die Industrieverbände und die Wirtschaftsministerien der OECD-Länder, begründeten das MAI meist mit der Notwendigkeit einer multilateralen Zusammenfassung der Vielzahl von bilateralen Verträgen zum Schutz von Auslandsinvestitionen. Sie sagten, es gehe hauptsächlich um den Schutz vor Enteignung ausländischer Investoren und um die Nichtdiskriminierung zwischen inländischen und ausländischen Investoren. Die entsprechende MAI-Klausel besagte, daß ausländische Investoren wie inländische behandelt werden müssten ("Inländerbehandlung"), und daß ihnen sogar der Meistbegünstigtenstatus zugute kommen müsste (Mies 1998, S. 38-39).

Die Kritik an diesen Klauseln zur Inländer- und Meistbegünstigtenbehandlung ausländischer Investoren richtete sich vor allem dagegen, daß Regierungen nun das Recht aufgeben müssten, kleine oder mittlere Betriebe oder wirtschaftlich schwache Regionen vor der Konkurrenz gigantischer TNKs zu schützen. Nach NAFTA sollte unter dem MAI und ähnlichen Abkommen ein solcher Protektionismus verboten sein. Die Freihandelsdoktrin besagt, daß nationale Regierungen sich aus dem Marktgeschehen heraushalten sollen, damit ein "ebenes Spielfeld" für alle Konkurrenten entstehen könne. Die Klauseln zur Inländerbehandlung und Meistbegünstigung bedeuten jedoch, daß dieses "ebene Spielfeld" dadurch entsteht, daß die Großen die Kleinen platt machen und daß kein Staat das mehr verhindern darf.

Weitere wichtige Kritikpunkte betrafen die im Abkommensentwurf angelegten Versuche, Umweltstandards zum Vorteil transnationaler Investoren zu lockern und Normen zum Schutz von ArbeiterInnen und sozialen Minderheiten abzusenken. Zwar wurde dies nicht explizit so gesagt, aber das ergab sich aus der Interpretation einzelner Klauseln, z.B. des Verbots von Leistungsaufgaben.

Das MAI war nach dem Muster von NAFTA (North American Free Trade Agreement) (unter Kanada, USA und Mexiko) konzipiert worden, ging aber in einzelnen Klauseln über NAFTA hinaus. So z.B. die Klauseln über den Ausstieg aus dem Vertrag. Beim NAFTA ist das nach vier Jahren möglich. Beim MAI sollte es anders sein: bei schon getätigten ausländischen Investitionen sollte der Vertrag noch fünfzehn Jahre nach der Kündigung (die erst nach fünf Jahren nach dem Eintritt möglich sein sollte,) gültig bleiben. Ein Staat sollte also mindestens zwanzig Jahre durch das MAI "gefangen" bleiben. Das heißt, das Abkommen müßte eingehalten werden, auch wenn inzwischen andere Parteien an die Macht gekommen wären, die der neoliberalen Freihandelspolitik nicht beipflichteten.

Auch die Klauseln über die Streitschlichtung und Enteignung einschließlich sogenannter "indirekter Enteignung" haben heftige Kritik hervorgerufen. Kanada hat die Erfahrung gemacht, daß es von dem US-Konzern Ethyl wegen "indirekter Enteignung" auf Schadensersatzforderungen in Höhe von 250 Millionen US \$ verklagt wurde, weil es durch ein Gesetz einen gesundheitsschädlichen Benzinzusatzstoff (MMT) verboten hatte (Mies/v.Werlhof 1998, S.43-44), was nach NAFTA nicht zulässig war. Als "indirekte Enteignung" gelten nach NAFTA alle Gesetze und Maßnahmen, die die Profitaussichten eines in dem betreffenden Land niedergelassenen ausländischen Investors schmälert. Das bedeutet faktisch, daß die Vertragsparteien keine weiteren Gesetze zum Schutz der Umwelt machen dürfen, wenn sie nicht Kompensationen in Millionen- oder Milliardenhöhe zahlen wollen. Der kanadische Staat hat sein Verbot von MMT im August 1998 zurückgezogen, weil er die Entschädigung von 250 Millionen Dollar an die amerikanische Ethyl Corporation nicht zahlen wollte.

Beim MAI können solche Streitfälle zwischen Konzernen und Regierungen u.a. von einer internationalen Schiedsstelle, der International Chamber of Commerce (ICC) (der Internationalen Handelskammer) entschieden werden, von einem nicht demokratisch legitimierten Gremium, in dem die Großkonzerne das Sagen haben.

Was besonders viele Menschen empörte, war auch die Tatsache, daß das MAI nach seiner Ratifizierung nicht nur für alle vertragsabschließenden nationalen, sondern auch für alle subnationalen Regierungen gelten sollte, d.h. für Länder, Provinzen und sogar für Kommunen, die allesamt nichts von den OECD-Verhandlungen gewußt hatten und nicht gefragt wurden, ob sie ein solches Abkommen wollten oder nicht. In mehreren Ländern hat diese Empörung dazu geführt, daß sich zahlreiche Provinzen und Stadt- und Gemeinderäte vom MAI distanzieren und sich zu "MAI-freien Zonen" erklärten. Das ist z.B. der Fall in den **USA** für San Francisco, Berkeley, Chicago, Seattle, Metropolitan King County u.a., in **Kanada** für die Städte-Vereinigung in British Columbia, für Victoria, Montreal, Halifax u.a.

in **Österreich** für die Länder Salzburg, Vorarlberg, Steiermark, die Städte Innsbruck und Graz,

in **Italien** erklärten sich mehr als 10 Städte einschließlich Roms zu "MAI-freien Zonen". In **Deutschland** hat bisher lediglich der Stadtrat von München sich offiziell gegen das MAI ausgesprochen (Mies/v.Werlhof 1998).

Die Menschen dieser Provinzen, Städte und Gemeinden sind nicht bereit, die politische Kontrolle über ihre lokale Wirtschaft und ihre unmittelbaren Lebensbedingungen sang- und klanglos in die Hände globaler Großkonzerne zu legen, die keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Menschen und der Natur akzeptieren, sondern nur Rechte für sich fordern.

Dort, wo die Menschen etwas über das MAI erfuhren - in Deutschland ist es immer noch weithin unbekannt - geschah so etwas wie eine plötzliche ökonomische Alphabetisierung. Sie begannen zu verstehen, daß Begriffe wie "Wirtschaft", "Handel" und "Investitionen" keine harmlosen und segensreichen Realitäten bezeichnen, sondern daß es dabei um die Kontrolle und Kommerzialisierung ihres eigenen Lebens geht. Viele fingen an, den "freien Markt" in Frage zu stellen.

Das gescheiterte MAI ist der bisher deutlichste und unverblümteste Ausdruck der wirtschaftsliberalen Weltanschauung, die seit den achtziger Jahren weltweit als allein gültiges Glaubensbekenntnis von den "global players", den TNKs, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der WTO aber auch von konservativen wie sozialdemokratischen Politikern gepredigt wird. **Globalisierung, Deregulierung (Liberalisierung) und Privatisierung** kurz: die **G - L - P - Politik** sind die Säulen dieses Credos.

Daß es sich hierbei in der Tat um einen quasi religiösen Glauben an die "Marktkräfte" und nicht um eine empirische Beschreibung der Realität handelt, gibt Herr Helmut Maucher, Chef des Nestlé-Konzerns und Vorsitzender der ICC, in folgendem Zitat indirekt selbst zu:

"Tatsächlich kann man ja keinem normalen Menschen mehr erklären, daß jeden Tag die Aktienkurse steigen und gleichzeitig mehr Leute auf die Straße gesetzt werden. Nur, wahr bleibt auch: Wettbewerbsfähigkeit ist am Ende die sicherste Methode, Arbeitsplätze zu schaffen - auch wenn der Weg dahin manchmal rauh ist" (zit. in: Mies/ v. Werlhof 1998, S. 166).

Die Klone des MAI in der WTO

Nach dem Scheitern des MAI in der OECD verkündeten einige der deutschen NROs, die an der Anti-MAI-Kampagne beteiligt waren, das MAI sei nun tot. Da die deutschen Medien sowieso kaum etwas über das MAI und seine möglichen negativen Konsequenzen berichtet hatten, gingen viele der Menschen, die sich über das MAI aufgeregt hatten, beruhigt zur Tagesordnung über.

Doch das MAI war keinesfalls tot. Seine Erfinder, angeführt von dem bisherigen Kommissar für Aussenhandel in der Europäischen Kommission, Sir Leon Brittan, hatten schon vor dem Ende des MAI in der OECD damit begonnen, weitere MAI-mäßige Freihandelsabkommen auszuhecken. Diese "Klone des MAI", wie Lori Wallach und Christian de Brie (Le Monde Diplomatique, Mai 1999) diese Neuschöpfungen nennen, erschienen unter anderen Namen und sollten auch an einem anderen Ort verhandelt werden, nämlich in der Welthandelsorganisation, WTO. Nach dem Ende des MAI in der OECD sah Sir Leon Brittan die Stunde der Europäer gekommen. Es ging ihm vor allem um die Errichtung einer neuen Freihandelszone zwischen den USA und der EU. Am 18. Mai 1998 schlug er zunächst einen "New Transatlantic Marketplace" (NTM) vor. Dieses Projekt scheiterte an der Ablehnung der Franzosen. Doch schon im September 1998 gab es einen neuen MAI-Klon: die Transatlantic Economic Partnership (TEP) (die Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft) (TWP). Wie Christian de Brie berichtet, entstand dieser Klon angeblich, um "technische Handelshemmnisse" zwischen den USA und Europa zu beseitigen. Und so wurde eine Kurzfassung dieses Abkommens vom Europaparlament im November 1998 gebilligt, und Leon Brittan bekam das Mandat, über TWP weiterzuverhandeln. Schon bei der TWP wurde deutlich, daß Teile des MAI geschickt in das Abkommen eingebaut worden waren, z.B. Bestimmungen über Investitionen. Als neuen Ort für die Verhandlungen über weitere Investitions- und Handelsfreiheit sieht die TWP die WTO vor. Die WTO war von den Europäern von Anfang an (1996) als Ort für die MAI-Verhandlungen favorisiert worden (Khor 1999). Die USA hingegen bevorzugten die OECD, den Club der 29 reichsten Länder der Welt.

Vom 30. November bis 3. Dezember 1999 soll nun die dritte Ministerratstagung der WTO in Seattle (USA) stattfinden. Bei dieser Ministerratstagung sollte ursprünglich, 5 Jahre nach Gründung der WTO, festgestellt werden, ob die GATT-Bestimmungen, die im Januar 1995 in die WTO übernommen worden waren, sich bewährt hätten. Doch Leon Brittan und die hinter ihm stehende Industrielobby wollen, daß neue Themen in die WTO eingeführt werden. Diese sind bereits in der TWP vorgesehen. Es sind vor allem Bestimmungen über Investitionen, über öffentliches Beschaffungswesen und über Wettbewerb. Die TWP geht in ihrer Liberalisierungspolitik damit noch über das MAI hinaus. Beim MAI ging es nur um Auslandsinvestitionen.

Um die Anti-MAI-Bewegung zu befriedigen, wurden auch einige Passagen über Umwelt- und Arbeitsrechte in die TWP eingebaut, die aber nur Empfehlungscharakter haben. Wie beim MAI!

Die Millennium-Runde

Als Krönung des Ganzen schlug Sir Leon Brittan eine sogenannte "Jahrtausendrunde" (eine Millennium Runde) vor, die Anfang Dezember 1999 in Seattle eröffnet werden soll. Dort soll dann den 134 WTO-Ländern, zu denen viele Länder des Südens gehören, das, was im MAI und in der TWP bereits vorbereitet wurde, als Teil der WTO als bindend durchgesetzt werden. Das heißt konkret, daß die Länder des Südens, die nicht an den MAI-Verhandlungen beteiligt waren, automatisch durch die WTO einer MAI-mäßigen Disziplin unterworfen werden sollen. Diese wird sogar noch verschärft durch neue Bestimmungen über die "Freiheit" des Wettbewerbs von Investitionen, Dienstleistungen, TRIPs und die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesen.

Die EU-Kommission entpuppt sich dabei als die schärfste Betreiberin einer weiteren, umfassenderen Liberalisierungsrunde. Ihr Konzept für die "WTO-Jahrtausendrunde" leitet sie mit folgenden Worten ein:

"Die Europäische Gemeinschaft gehört zu den energischsten Befürwortern einer neuen Runde von Handelsverhandlungen im Jahr 2000 ("Jahrtausendrunde"). Umfassende Handelsverhandlungen, die als ein einheitliches Ganzes geführt werden und allen WTO-Mitgliedern ausgewogene Vorteile bieten, werden einen wichtigen Beitrag zum weltweiten Wirtschaftswachstum leisten und das auf festen Regeln beruhende Handelssystem weiter stärken" (Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament 8.7.1999).

Kritiker, wie Martin Khor vom Third World Network in Malaysia, sehen in der geplanten Millennium-Runde einen noch perfideren Versuch der reichsten Länder der Welt (USA und EU-Länder) als beim MAI, die gesamten Wirtschaften der Entwicklungsländer ungeschützt den Profitinteressen gigantischer TNKs und globaler Banken auszuliefern. Unter **Investitionen** ist da nicht nur, wie beim MAI, die weite Definition von Investitionen, die auch Portfolio Investitionen, d.h. auch Spekulationsinvestitionen umfaßt, zu verstehen, sondern auch die Klauseln über Inländer- und Meistbegünstigten-Behandlung bedeuten, daß alle ausländischen Investoren das Recht auf Zugang und auf eine 100-prozentige Eigentümerschaft im Ausland etablieren können. Kein Staat dürfte verlangen, daß einheimische Firmen an Joint Ventures beteiligt würden. Ausländer und ausländische Firmen würden sogar besser als einheimische behandelt, denn keine Regierung dürfte ihnen Kontrollen über den freien Fluß ihres Kapitals auferlegen. Sie dürften es nach Belieben in ein Land hinein und aus einem Land hinaus transferieren. Dieser freie Kapitaltransfer, so Martin Khor, habe bereits in der Vergangenheit in Asien zu plötzlichen Zusammenbrüchen der Finanzsysteme und der Realwirtschaften geführt. Vor allem aber hätten die Regierungen des Südens keine Möglichkeit mehr, eine eigenständige Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik zu betreiben.

"Es erübrigt sich zu sagen, daß der Abschluß eines solchen Abkommens in der WTO die Entwicklungsländer daran hindern würde, einheimische Investoren, Firmen oder Landwirte zu fördern. Diese würden sich der Bedrohung gegenübersehen, daß ihre Produkte von der Konkurrenz viel mächtigerer ausländischer Firmen weggewischt würden, oder daß sie von ihnen geschluckt würden . . ." (Khor 1999, übers. M.M. S. 25).

Die Ideen über **Wettbewerb** in der Millennium-Runde zielen aber genau in diese Richtung. Alle Einschränkungen des Wettbewerbs, die ein Land zum Schutz irgendwelcher Wirtschaftssektoren -gebiete und -gruppen aufgestellt hat, sollen nach dem Willen der Freihandelsfanatiker der Millennium-Runde, vor allem der EU, fallen. Alle Vorteile, die lokalen Firmen oder Farmen in bezug auf Produktion oder Marktzugang gewährt wurden, müßten genauso ausländischen TNKs zugute kommen:

"Wenn man gigantischen Internationalen Firmen gleiche Rechte gewährt wie lokalen, dann werden sie diese, die meist nur Klein- oder Mittelbetriebe sind, überwältigen. Aber solche Argumente werden von den reichen Ländern nicht akzeptiert. Sie bestehen darauf, daß ihren Riesenkonzernen ein 'ebenes Spielfeld' für einen 'gleichberechtigten' Wettbewerb mit den Kleinen bereitet wird" (Khor 1999).

Ähnlich ist es mit dem **öffentlichen Beschaffungswesen**. Bislang hatten die öffentlichen Hände das Recht, ihre Ausschreibungen und Materialbeschaffung Firmen des eigenen Landes zugute kommen zu lassen. Es ist nun die Absicht der reichen Länder, die Regierungsbeschaffungen auch in den Entwicklungsländern, die in der WTO sind, nach dem "Inländerprinzip" für alle ausländischen Firmen zugänglich zu machen.

Keine Regierung dürfte dann mehr einheimische Firmen bei solchen Transaktionen und Beschaffungen bevorzugen. Wenn eine Regierung dennoch bei einer Beschaffung, einem Kontrakt, einer Dienstleistung oder einer Privatisierung öffentlichen Eigentums Einheimische bevorzugen würde, könnte sie von einer ausländischen Firma wegen Diskriminierung bei der

WTO verklagt werden. Damit würden nicht nur, so Martin Khor, die Befugnisse der WTO enorm ausgeweitet, sondern die Konzerne der reichen Länder hätten direkten Zugang zu allen Eigentumswerten und Einfluß auf alle Regierungsentscheidungen in bezug auf öffentliche Aufträge und Beschaffung. Im Endeffekt würde das auf eine Rekolonisierung dieser Länder hinauslaufen (Khor 1999, S. 25).

Obwohl die Vorbereitungen auf die Ministerratstagung in der WTO schon auf vollen Touren laufen, liest man in der deutschen Presse kaum etwas darüber. Selbst der Begriff "Millennium-Runde" ist so gut wie unbekannt. Scheute schon das MAI das Licht der Öffentlichkeit, so sind die Verhandlungen über die MAI-Klone, insbesondere über die Bemühungen, eine Millennium-Runde in der WTO zu initiieren, noch undurchsichtiger.

Dieser Mangel an Öffentlichkeit widerspricht zwar der offiziellen Politik der Befürworter weiterer Liberalisierung der Ökonomie. Nach den Erfahrungen, die man mit dem internationalen Widerstand gegen das MAI gemacht hat, verkündeten die Betreiber des MAI, man wolle in Zukunft den "Dialog mit der Zivilgesellschaft" suchen und für mehr "Transparenz" sorgen. So betont die EU-Kommission in ihrem "Konzept der EU für die WTO-Jahrtausendrunde", daß auf "Vertrauensbildung in der Öffentlichkeit" hingewirkt werden müsse. "Den europäischen Bürgern muß das sichere Gefühl vermittelt werden, daß die europäische Union ihren Markt öffnet, gleichzeitig aber den grundlegenden Anliegen der Bürger Rechnung trägt" (EU-Kommission Mitteilungen der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament 8.7.1999). Unter "Zivilgesellschaft" versteht die EU-Kommission jedoch vor allem die Industrielobbies, den Trade Union Advisory Council (TUAC) (den Internationalen Gewerkschaftsrat), Verbraucherverbände und "respektable" Nichtregierungsorganisationen (NRO). In Deutschland lädt die Regierung das "Forum für Umwelt und Entwicklung" zu solchen "Dialogen" ein. Mit der Vielzahl von Initiativen, Oppositionsgruppen und Kampagnen gegen das MAI und seine Klone will man eigentlich nichts zu tun haben.

Was diese neue Liberalisierungsrunde jedoch so schwer durchschaubar macht, ist nicht nur das Schweigen der Presse und mangelnde Transparenz. Vielmehr wird jetzt eine bewußte **Salamitaktik** angewandt, um die relevanten MAI-Klauseln stückweise in die WTO und in andere bilaterale oder multilaterale Abkommen einzubauen. Seit Ende letzten Jahres sind eine Reihe von Einzelabkommen verhandelt worden, die alle den Inhalt und den Geist des MAI in sich tragen und auf die Millennium Runde hin konzipiert wurden. Das sind z.B. die Freihandelsverhandlungen zwischen der EU und Japan (5.1.1999), der Vorschlag Kanadas vom 16.6.99, so etwas wie ein gigantisches transatlantisches NAFTA zwischen den USA, Kanada und der EU zu etablieren. Kanada hat Angst, bei der engen Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA handelsmäßig marginalisiert zu werden. Außerdem gibt es Absprachen zwischen den vier wirtschaftlich stärksten Ländern und Regionen, den sogenannten "Quads": den USA, der EU, Japan und Kanada. Diese "Quads" stimmen ihre Politik in der WTO so miteinander ab, daß die vielen Länder des Südens, die Mitglieder der WTO sind, kaum eine Chance haben sollen, diese Politik abzulehnen. Im Juni 1999 schloß die EU ein MAI-mäßiges Abkommen mit Mexiko ab.

Die Durchschaubarkeit dieser Vielzahl von Handels- und Investitionsabkommen wird in Europa nicht zuletzt dadurch erschwert, daß die Verhandlungen von der EU-Kommission, geführt werden, nicht mehr von den Wirtschaftsministerien der einzelnen EU-Länder. Die EU-Kommission operiert zwar als die Exekutive der EU, sie hat jedoch kein direktes parlamentarisches Mandat dafür. Ihre Beschlüsse können erst im Nachhinein von den einzelnen Länderparlamenten ratifiziert oder abgelehnt werden. Wer also jetzt z.B. das deutsche Wirtschaftsministerium nach der "deutschen Position" zur Millennium-Runde fragt, bekommt keine oder eine ausweichende Antwort. Der/die FragerIn wird auf Brüssel verwiesen. Das

heißt zwar nicht, daß es tatsächlich keine deutsche Politik mehr in bezug auf die WTO und Aussenhandelsabkommen gibt. Bei informellen Gesprächen wurden die deutschen Industrielobbies bei der Regierung vorstellig, um ihre Wünsche für den G7/G8 Gipfel (Juni 1999 in Köln) anzumelden. Doch für das breite Publikum gibt es keine Ansprechpartner mehr im Wirtschaftsministerium für das Gebiet Aussenhandel.

Es gibt auch verschiedene Versuche, die Länder des Südens, vor allem Lateinamerikas, in die Freihandelspolitik der "Quads" einzubinden. Das Abkommen der EU mit Brasilien (Ende Juni 1999) soll die MAI-Prinzipien für Handel und Investitionen zwischen diesen Regionen festlegen. Solche bilaterale Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung sind Vorarbeiten für die Durchsetzung dessen, was die EU anstrebt: eine Millennium-Runde in der WTO, durch die alle Mitgliedsländer ökonomisch auf Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung festgenagelt werden. Wenn dieses Projekt realisiert würde, würde das totgeglaubte MAI doch zur neuen "globalen Wirtschaftsverfassung", wie Renato Ruggiero, der frühere Präsident der WTO, das MAI genannt hatte, wenn auch durch die Hintertür und scheinbarweise. Vor allem wären die Länder des Südens dann gleich völkerrechtlich in diese "Verfassung" eingebunden, was sie beim MAI noch nicht waren.

Der internationale Widerstand geht weiter

Ob Sir Leon Brittan und die Industrielobbies, die sein Jahrtausendprojekt unterstützen, der ERT (European Round Table of Industrialists) der UNICE, (die Organisation Europäischer Unternehmer) TABD (der Transatlantic Business Dialogue), die ICC (Internationale Handelskammer) u.a. in Seattle tatsächlich Erfolg haben werden, ist jedoch noch nicht ausgemacht. Denn trotz der Salamitaktik und der Versuche, die MAI-Opposition in die Liberalisierungspolitik einzubinden, geht der internationale Widerstand gegen das MAI und seine Klone weiter. Ja, er weitet sich sogar aus und bezieht sich nicht mehr nur auf ein einzelnes Abkommen, wie das MAI, sondern zunehmend merken die Menschen, daß die ganze Richtung dieser GLP-Politik schädlich ist.

Am 18. - 21. März 1999 fand ein internationales Strategietreffen der Anti-MAI-AktivistInnen /Gruppen in Genf statt. Dort wurde darüber diskutiert, wie zu verhindern sei, daß das Projekt MAI in der Form der Millennium-Runde in die WTO transferiert wird. Am Ende dieses Treffens wurde eine Erklärung verabschiedet, in der die neoliberale Freihandelspolitik der Uruguay-Runde kritisiert wurde, die zunächst im GATT und dann in der WTO institutionalisiert wurde. Sie sollte zuerst durch das MAI und jetzt durch die Millennium-Runde weiter verfolgt werden. Diese globale Politik habe bisher lediglich den großen transnationalen Konzernen gedient, habe zur Verarmung der Mehrheit der Weltbevölkerung, zu weiterer Umweltzerstörung, zur Destabilisierung ganzer Volkswirtschaften und zu mehr Ungleichheit zwischen den und innerhalb der Völker geführt.

Die Anti-MAI-AktivistInnen kritisieren, daß die reichen Länder in der WTO und die TNKs die Probleme, die der globale Freihandel geschaffen hat, nicht untersuchen und beheben wollen. Statt dessen versuchen sie, die Liberalisierung durch die Einführung neuer Themen in die WTO-Agenda (Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen, Wettbewerb) weiterzutreiben und zu verschärfen. Die MAI-KritikerInnen rufen deshalb zu einem Moratorium für solche Verhandlungen auf und verlangen, daß erst einmal, so wie es geplant war, eine Evaluierung des bisherigen Wirkens der WTO durchgeführt wird. Bei dieser Evaluierung sollten vor allem die Auswirkungen der globalen Freihandelspolitik auf marginalisierte Gemeinschaften, auf Demokratie, Umwelt, Gesundheit, Menschenrechte, Arbeiterrechte und die Rechte von Frauen und Kindern untersucht werden. Sie verweisen darauf, daß das Scheitern des MAI in der OECD Ausdruck einer tiefen und breiten Opposition der Bevölkerung gegen die Deregu-

lierung der globalen Ökonomie und die zunehmende, auch politische, Herrschaft der Konzerne sei. Diese Erklärung wurde bis zum 15. Oktober 1999 von 1200 Organisationen und Gruppen unterschrieben (s. Teil II).

Die Opposition gegen das MAI und seine Klone, insbesondere auch gegen die Millennium Runde in der WTO, beschränkt sich heute nicht mehr nur auf sogenannte NGOs, sondern ist auch von einer Reihe von Regierungen insbesondere des Südens aufgegriffen worden. Die Kritik, die Martin Khor gegen die Millennium-Runde äußerte, wird von Indien, Pakistan, Malaysia, den Philippinen, Südkorea, Ägypten, Ghana und anderen Ländern des Südens geteilt. Sie alle wollen sicherstellen, daß sie trotz Mitgliedschaft in der WTO eine eigenständige Wirtschafts- und Finanzpolitik im Interesse ihrer Völker betreiben können. Befürworter der Millennium-Runde sind jedoch Länder wie Mexiko und Brasilien, die bereits MAI-ähnliche Abkommen mit der EU abgeschlossen haben.

Doch auch Länder im Norden lehnen solche Abkommen ab. Norwegen hat z.B. erklärt, daß es gegen das MAI und weitere Investitionsabkommen dieser Art ist. In vielen Ländern des Nordens hat es inzwischen parlamentarische und öffentliche Debatten zum MAI und seinen Klonen gegeben.

In Deutschland wartet frau/man jedoch vergeblich auf eine öffentliche parlamentarische Auseinandersetzung mit diesem Thema. Die faktisch existierende Große Koalition in bezug auf die neoliberale GLP-Politik verhindert eine kritische Öffentlichkeit im Rahmen des Parlaments.¹ Auch die großen Medien schweigen zu Seattle und zur Millennium Runde. Die Kampagne gegen das MAI und seine Klone hat in Deutschland bisher nicht die Unterstützung großer Umweltverbände, der Gewerkschaften, einzelner Kommunen, der Kirchen oder namhafter (linker) Wissenschaftler oder Juristen gefunden. Ganz im Gegensatz zu Kanada, wo die Regierung von Juristen wegen Verfassungsbruchs angeklagt wurde.

Doch auch in den reichsten Ländern des Nordens breitet sich der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierungspolitik aus. Dieser Widerstand richtet sich noch nicht immer "gegen die ganze Richtung", sondern konzentriert sich noch auf bestimmte Auswirkungen der Globalisierung. Hier ist vor allem die Kampagne gegen Gen-Nahrung in Großbritannien und den USA zu nennen. In England sahen sich große Supermarktketten wie TESCO gezwungen, Gen-Nahrung aus den Regalen zu nehmen, weil die Konsumenten Firmen, die solche Produkte herstellen, insbesondere Monsanto, nicht nur boykottierten, sondern auch sozial ächteten. Selbst Prinz Charles schrieb einen Leitartikel gegen Monsanto in THE ECOLOGIST (Nr. 5 Band 28, 1998).

Ähnliche Bewegungen gibt es in den USA. Hier ist, wie Jonathan Peterson, ein Reporter der Los Angeles Times, schreibt, ein regelrechter "Handelskrieg" der BürgerInnen gegen die Regierung ausgebrochen. Plötzlich verbinden die Menschen mit dem Begriff "Handel" die dunkelsten Assoziationen über persönliche Unsicherheit in einer "amoralischen globalen Ökonomie". Was bis vor kurzem noch als gut galt - nämlich der weltweite Abbau von Handelschranken - würde jetzt als Bedrohung gesehen: die weitere Ausdehnung von NAFTA, der Abbau von Handelschranken gegenüber Afrika und der Karibik, die Ermunterung Chinas, der WTO beizutreten. Trotz hohem Beschäftigungsgrad - 133 Millionen haben Jobs - trotz steigender Einkommen und einer boomenden Wirtschaft scheint die amerikanische Öffentlichkeit dem neoliberalen Freihandelscredo nicht mehr zu glauben. Das sei eine entscheidende

¹ Allerdings verlangt heute ausgerechnet die CDU am 28.10.99 eine parlamentarische Aussprache im Bundestag zur "Jahrtausendrunde". Sie befürwortet heute als Opposition die gleiche Liberalisierungspolitik, die sie als Regierung betrieben hat.

de Wende. Denn vor allem ArbeiterInnen in der Stahl- und Bekleidungsindustrie leiden unter der Billiglohnkonkurrenz aus dem Weltmarkt. Außerdem verzeichnet die USA inzwischen ein steigendes Handelsdefizit. Selbst die US-Handelsbeauftragte Charlene Barshefsky, eine Befürworterin des Freihandelsdogmas, gab in einem Interview zu, daß der Segen des globalen Freihandels, billigere Preise und größere Auswahl für Konsumenten kein Trost seien, wenn plötzlich am Fabriktor stünde: "Nach Mexiko verlagert."

Was neu ist, ist auch die Allianz zwischen Gewerkschaften (die gegen die Abwanderung ihrer Betriebe in Billiglohnländer protestieren), Umweltverbänden, (wie dem Sierra Club) Anti-MAI- und kritischen Konsumentenorganisationen, (wie dem Public Citizen's Global Trade Watch) die maßgeblich dazu beigetragen haben, daß das MAI in der OECD geplatzt ist. Während der Staat und die Industrielobbies millionenschwere Public-Relations-Kampagnen veranstalten, um dem Volk die Freihandelsdoktrin weiter zu verkaufen, bekommen sie als "Gläubige" dieses Credos selbst Zweifel. Während einer "National Trade Education Tour", als er mit Transparenten von Umweltverbänden, Public Citizen's und Gewerkschaften konfrontiert wurde, sagte der US-Handelsminister Bill Daly: "Wir müssen dem amerikanischen Volk zwar die Wohltaten des Handels klarmachen, gleichzeitig müssen wir, die Gläubigen, zugeben, daß es legitime Ängste in bezug auf den Handel gibt" ("Trade's Image Takes Beating Among Public", Los Angeles Times, 31. Mai 1999).

Literatur

- Clarke, Tony & Maude Barlow** (1997): MAI- The Multilateral Agreement on Investment and the Threat to Canadian Sovereignty. Toronto, Stoddart.
- Barlow, Maude & Tony Clarke** (1998) MAI - The Multilateral Agreement on Investment and the Threat to American Freedom. Toronto, Stoddart.
- Khor, Martin** (1998) Die Folgen des MAI für den Süden, in: Maria Mies, Claudia v. Werlhof (Hrsg.) Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen: MAI. Globalisierung der Konzernherrschaft und was wir dagegen tun können. Hamburg, Rotbuch/EVA, (S. 64 ff).
- Khor, Martin** (1999) New Battles Begin Soon in the WTO, in: Third World Resurgence. Penang (Malaysia) No 103, (S. 23 ff).
- Mies, Maria, Claudia v. Werlhof** (Hrsg.) (1998) Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen: MAI. Globalisierung der Konzernherrschaft und was wir dagegen tun können. Hamburg, Rotbuch/EVA.
- Mitteilungen** der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: "Das Konzept der EU für die WTO-Jahrtausendrunde".
- THE ECOLOGIST** Nr. Vol. 28 No 4 (Juli/August 1998) How to Escape the Global Economy.
und: Vol. 28 No 5 (Sept./Oct. 1998) The Monsanto Files: Can we survive Genetic Engineering?

Köln, September 1999.